

Nachfragen zu Antrag Drs. 19/885(neu) „Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste verbessern“

*Auch nach der Berichterstattung zum Thema in Umdruck 19/1615 bleiben Fragen offen:*

1. Ist die auf Seite 1 des Umdrucks angeregte Abfrage bei allen Museen in Planung? Zu wann kann man hier mit Ergebnissen rechnen?
2. Auf Seite 2 ist von einer Verbesserung der Abiturdurchschnittsnote die Rede – allerdings nur an der Universität Lübeck. Ist eine hieran angelehnte, einheitliche Anerkennungspraxis denkbar und sind hier konkrete Schritte geplant?
3. Auf Seite 6 (bzw. Seite 4 im Bericht des MELUND) wird unter Pkt. 2 die Möglichkeit für Freiwilligendienstler aufgezeigt, sich eine BahnCard zu kaufen. Außerdem heißt es, Freiwillige im FÖJ erhielten „regelmäßig eine BahnCard 25, die von Trägern und Einsatzstellen gemeinsam finanziert wird“. Ist hier eine einheitliche Praxis denkbar? Könnten nicht alle Freiwilligendienstler und damit eben auch FSJler profitieren? Und ist mittelfristig nicht auch eine Aufstockung auf eine BahnCard 50 denkbar?
4. Auf Seite 7 (bzw. Seite 1 im Bericht des Sozialministeriums) ist vom Mindesttaschengeld von 150 Euro die Rede – ist hier eine Anhebung in Planung und wenn ja in welcher Höhe?
5. Auf Seite 10 (bzw. Seite 1 des Berichts der Staatskanzlei) wird die grundsätzliche Befreiung von GEZ-Gebühren thematisiert. Hier wird auf die ausschließliche Zuständigkeit der MinisterpräsidentInnenkonferenz verwiesen. Laut Bericht ist eine Befassung mit der Thematik „bislang allerdings nicht geplant“. Sieht man Seitens der Regierung die Möglichkeit oder sogar die Notwendigkeit, dieses Thema zeitnah auf die Tagesordnung zu setzen?

*Sowohl in den Haushaltsanträgen der Koalitionsfraktionen als auch in der Nachschiebeliste sind Aufstockungen bei Freiwilligendiensten geplant (allerdings nur punktuell bzw. überwiegend für das Freiwillige Ökologische Jahr).*

1. Wird durch diese Mittel auch ein erhöhtes Taschengeld an die Freiwilligen ausgezahlt? Und ist nicht auch bei FSJlern mit einem steigenden Bedarf (z.B. durch die angeführten „Preissteigerungen“) zu rechnen?

*Außerdem gibt es auf Bundesebene Bewegung: Laut Bundesfamilienministerium ist geplant, ein „Jugendfreiwilligenjahr“ einzuführen.*

1. Bis wann erwartet die Landesregierung hier erste Schritte?
2. Übernimmt der Bund damit sämtliche Kosten auch für FSJ und FÖJler (immerhin rechnet man mit Gesamtkosten von rd. 1 Milliarde Euro jährlich)?